

Die auswärtige Politik im Reichstage.

In der Rede, mit welcher der Reichstag Namens des Kaisers eröffnet wurde, war über die Stellung der deutschen Politik zu den schwebenden Fragen Folgendes gesagt:

»Die auswärtigen Beziehungen Deutschlands entsprechen, ungeachtet der augenblicklichen Schwierigkeiten der Lage, dem friedfertigen Charakter der Politik Sr. Majestät des Kaisers. Das angelegentliche Bestreben Sr. Majestät ist unabänderlich darauf gerichtet, gute Beziehungen mit allen Mächten und insbesondere mit den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näher stehenden zu pflegen, und auch unter ihnen den Frieden, sofern er bedroht werden sollte, durch freundschaftliche Vermittelung zu erhalten. Was aber die Zukunft auch bringen möge, — Deutschland darf sicher sein, daß das Blut seiner Söhne nur zum Schutze seiner eigenen Ehre und seiner eigenen Interessen eingesetzt werden wird.«

Diese Worte fanden in Deutschland und fast überall in Europa entschiedene Billigung, nicht bloß in Bezug auf die angedeutete allgemeine Richtung der Politik, sondern auch wegen der Zurückhaltung, welche in derselben beobachtet war, und welche man in ihrer Bedeutung für die allgemeinen politischen Interessen auf allen Seiten vollkommen würdigte.

Schon bei den ersten Erörterungen im Reichstage wurde dagegen von dem ultramontanen Abgeordneten Dr. Windthorst das Bedauern geäußert, daß die Eröffnungsrede sich nicht bestimmter darüber ausgelassen habe, wann man in den vorliegenden Verhältnissen denkbarer Weise die Ehre Deutschlands berührt erachten würde und welche Interessen Deutschland nach Ansicht der Regierung dabei habe.

Der Präsident des Reichskanzleramts erwiderte darauf: er hoffe, daß der Reichskanzler während der Session noch Gelegenheit haben werde, auch selbst an den Verhandlungen des Reichstages Theil zu nehmen und namentlich auch über die Gesichtspunkte der auswärtigen Politik seine Meinung zu sagen.

Aber ein anderes Mitglied der ultramontanen Partei aus Bayern, Dr. Jörg, welcher bereits in früheren Jahren die auswärtige Politik des Deutschen Reiches zum Gegenstande lebhafter Angriffe gemacht hatte, kam schon in der folgenden Sitzung auf die orientalische Frage zurück, um über die Stellung der deutschen Politik zu den dabei zunächst beteiligten Mächten die willkürlichsten Vermuthungen und Deutungen auszusprechen.

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Staats-Minister von Bülow, erwiderte darauf etwa Folgendes:

»Der Redner wird selbst nicht erwartet haben, daß die Reichsregierung in diesem Augenblicke, so wie die Verhandlungen stehen und wie die ganze Sache liegt, auf alle Fragen durch eine Improvisation (unvorbereitete Aeußerung) würde antworten können. Die Fragen sind dazu zu wichtig und zu weitgreifend, und überdies sind die Dinge, über die ich Rede und Antwort stehen müßte, wenn ich auf die einzelnen Punkte eingehen wollte, nicht unser, nicht des Reiches Eigenthum, sondern gehören uns befreundeten Mächten, uns nahe stehenden Regierungen, unseren Bundesgenossen zum größten Theile an. Sie kennen Alle diejenige Stellung, die Deutschland eingenommen hat; Sie kennen die Politik Sr. Majestät des Kaisers, wie sie in der Thronrede gekennzeichnet ist, eine Politik des Friedens, die sich nicht in andere fremde Angelegenheiten einmischen will, sondern nur Deutschlands Ehre und Deutschlands Interessen im Auge hat, auch bei Fragen, welche Deutschland nicht gleich, nicht unmittelbar berühren und berühren werden. Das ist die Politik des Reichs gewesen und sie wird es bleiben.

In diesem Augenblicke nun hat die in diesem Bestreben gemeinsame Politik aller europäischen Regierungen einen Punkt erreicht, der die besten Hoffnungen für die Zukunft giebt. Ich muß gestehen, daß ich den Eindruck gehabt habe, daß die Rede des Vorredners mehr auf den Zeitpunkt vor 8 bis 14 Tagen, als Europa sich in der Erschütterung des Ungewissen und in gespannter Erwartung befand, berechnet war, als auf heute, wo ein Waffenstillstand abgeschlossen ist, an dessen Zustandekommen Deutschland sein Theil in Anspruch nehmen kann, und wir schon ruhiger zusehen können, was die nächste Zukunft bringen wird. Jedenfalls liegt die Sache jetzt so, daß die ruhige Ueberlegung und friedliche Verhandlung nach allen Seiten hin möglich und erprießlich sein wird.

Ich kann, wie gesagt, nicht auf alle Einzelheiten eingehen.

Ich kann nur sagen, daß die Stellung Deutschlands zu den übrigen, und zwar sowohl zu den zunächst befreundeten Mächten, wie zu allen anderen Mächten, die bei der Frage betheiligte sind, eine solche ist, die auf Freundschaft, auf Vertrauen und Achtung, auf bewährte Achtung und bewährtes Vertrauen gegründet ist, und dieses Verhältniß, diese Stellung, die wir haben, sich auch in allen denjenigen weiteren Verhandlungen und Ereignissen, die bevorstehen können, bewahren und bewahren werden. Eben darum aber kann ich, zumal in diesem Augenblicke, nichts Anderes sagen, als daß die Regierung sich vollkommen bewußt ist und bleiben wird, daß sie der Nation und ihren Vertretern Rechenschaft für ihre politische Haltung in dieser wie in allen anderen Angelegenheiten schuldet, daß sie aber das Maß und die Zeit der bezüglichen Mittheilungen nach ihrer nicht ganz geringen Verantwortung bemessen muß. Ueber diejenigen Dinge, worüber Mittheilungen gemacht werden können, werden Mittheilungen erfolgen. Wenn nicht, so müssen wir das Vertrauen in Anspruch nehmen, was die Regierung Sr. Majestät des Kaisers in allen Verhältnissen, namentlich auch in der Leitung der politischen Angelegenheiten, einer Leitung, die Deutschlands Ehre, Deutschlands Ansehen und Macht begründete und förderte, bei Ihnen gefunden hat. Die Kaiserliche Regierung rechnet in dem, was hierüber in der Thronrede ausgesprochen ist, auf Ihr Vertrauen.

Es wird, wie dort gesagt, die Regierung Sr. Majestät des Kaisers Deutschland nur, wenn die eigene Ehre die eigenen Interessen in Gefahr stehen, aufrufen.

Deutschland wird das Bollwerk des Friedens sein und bleiben, und, meine Herren, dieses Bollwerk wird um so fester sein, je mehr wir hoffen und vertrauen können, daß wir das Vertrauen der Nation, das Vertrauen ihrer Vertreter haben, verdienen und bewahren.«

Nach diesen Erklärungen wurde Namens der Mehrheit des Reichstages von dem Abg. Dr. Lasker zunächst ausgesprochen, weshalb es nicht angemessen erscheine, in eine parlamentarische Berathung über die auswärtige Lage einzutreten. Der Grund sei vor Allem die feste Ueberzeugung, daß durch öffentliche Kundgebungen die Erledigung der auswärtigen Angelegenheiten nicht gefördert werde. Der Reichstag habe Vertrauen zu der Politik des Reichskanzlers in dem Sinne, daß das Deutsche Reich ein Reich des Friedens sei. Man wolle die Regierung nicht zu bestimmten Antworten drängen, wenn sie sich durch diplomatische Verhandlungen gezwungen sehe, eine solche nicht zu ertheilen.

»Wir wollen«, so schloß er, »das Band verschonen mit aufregenden Debatten, welche nicht im Stande sind, diese Angelegenheiten zu fördern, da wir ein festes Vertrauen zu der auswärtigen Politik des Reichskanzlers haben. Und bis jetzt ist nichts geschehen, was geeignet wäre, dieses Vertrauen zu erschüttern.«

Die Finanzlage des Deutschen Reiches

ist von dem Präsidenten des Reichskanzler-Amtes Staats-Minister Hofmann bei der ersten Berathung des Reichshaushaltsetats für das erste Vierteljahr 1877 in einer kurzen Uebersicht der muthmaßlichen Ergebnisse der diesjährigen Finanzverwaltung dargelegt worden.

Wiewohl bei den Einnahmen des laufenden Jahres sich — wie dies nicht anders erwartet werden konnte — die schlimmen Verhältnisse, in denen Handel und Verkehr sich befinden, das Darniederliegen alles Unternehmungsgeistes, das Darniederliegen der großen kommerziellen Verbindungen natürlich fühlbar gemacht haben, so darf doch mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf gerechnet werden, daß auch das laufende Jahr mit einem Ueberschusse abschließt, und zwar mit einem Ueberschusse, der auf ungefähr 8 Millionen Mark zu veranschlagen sein dürfte.

Zunächst kommen allerdings einige erhebliche Mehrausgaben und theilweise Mindereinnahmen in Betracht. Besonders hat die Militärverwaltung in Folge der hohen Preise für die Naturalverpflegung größere Kosten gehabt, als im Etat vorhergesehen war, im Ganzen nahezu 6 Millionen Mk.

Mindereinnahmen sind zunächst bei der Post- und Telegraphenverwaltung eingetreten. Im letzten Etat war bei dieser Verwaltung der Ueberschusse gegen das Vorjahr beträchtlich